Gremium	Datum	Status	Öffentlichkeitsstatus
Gemeinderat	28.09.2023	Beschlussfassung	öffentlich

Hauptamt Bearbeiter: Schautzgy, Nicole Aktenzeichen: 022.31; 020.51	 Datum: 29.08.2023 Kostenstelle: Sachkonto:
--	---

Betreff: ***Neufassung der Hauptsatzung -
- Abschaffung unechte Teilortswahl Achdorf
- Bildung Personalbesetzungsausschuss***

Anlagen:

- Neufassung Hauptsatzung
- Zusammenfassung der Änderungen in der Hauptsatzung

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt

1. § 16 Abs. 1 bis 3 Unechte Teilortswahl – Ortschaftsrat ersatzlos zu streichen und somit die unechte Teilortswahl im Ortschaftsrat Achdorf abzuschaffen.
2. Die Neufassung der vorliegenden Hauptsatzung.

Begründung:

Im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderats am 24.06.2023 wurde über die Abschaffung, Beibehaltung oder Änderung der Unechten Teilortswahl beraten. Dabei vereinbarte der Gemeinderat, dass der Zeitpunkt für die Abschaffung der Unechten Teilortswahl zur nächsten Kommunalwahl 2024 zu früh sei und hierfür mehr Zeit benötigt werde. Daher wurde abgemacht, dass nach der Kommunalwahl 2024 erneut über die Abschaffung gesprochen werde.

Jedoch wurde auch über die Unechte Teilortswahl im Ortschaftsrat Achdorf diskutiert. Ortsvorsteher Hans-Peter Meß erhielt den Auftrag im Ortschaftsrat Achdorf die Abschaffung oder Beibehaltung zu diskutieren.

In der Ortschaftsratssitzung Achdorf am xx.xx.2023, hat sich der Ortschaftsrat einstimmig dafür ausgesprochen die Unechte Teilortswahl für den Ortschaftsrat Achdorf abzuschaffen.

§ 27 Abs. 6 Gemeindeordnung (GemO) regelt, dass die Unechte Teilortswahl, die auf Grund einer Vereinbarung nach § 8 Abs. 2 GemO und § 9 Abs. 4 GemO auf unbestimmte Zeit eingeführt wurde, nur durch Änderung der Hauptsatzung aufgehoben werden kann.

Für die Aufhebung der Unechten Teilortswahl im Ortschaftsrat Achdorf muss der Beschluss im Gemeinderat gemäß § 4 Abs. 2 GemO mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Gemeinderats gefasst werden.

Folgende weitere Punkte wurden in der Hauptsatzung angepasst:

Personalbesetzungsausschuss

Derzeit wird ab der Entgeltgruppe EG 9 und vergleichbare Eingruppierungen die Personalkommission hinzugezogen. Danach muss mit der Vorauswahl der Bewerber/innen nochmalig eine Vorstellung im Gemeinderat durchgeführt werden. Da die Suche nach Personal immer schwieriger wird und bei vielen zurückliegenden Personalentscheidungen nur noch eine Person zur Auswahl stand, schlägt die Verwaltung vor, zukünftig einen anderen Entscheidungsprozess durchzuführen.

Mit Bildung des Personalbesetzungsausschusses soll die Möglichkeit geschaffen werden, schneller eine Personalentscheidung zu treffen und somit, Bewerber/innen für die Stadt Blumberg zu gewinnen.

Hierfür ist vorgesehen, dass zukünftig der Personalbesetzungsausschuss mehr Kompetenzen erhält und Einstellungen ab der Entgeltgruppe 10 bzw. S14 und vergleichbar besoldete Beamtinnen und Beamten vornimmt.

Ausgenommen hiervon sollen die Besetzung der Amtsleiterpositionen bzw. höher dotierter Stellen sein.

Aufgrund der Neubildung des Personalbesetzungsausschusses wird in § 7 Haupt- und Finanzausschuss unter Nr. 1 die Personalangelegenheiten sowie unter 2.1 der Wortlaut gestrichen.

Bürgermeister

Die Mustersatzung empfiehlt, die Rechtsstellung des Bürgermeisters in der Hauptsatzung aufzunehmen. Somit wurde § 13 ergänzt.

Ferner wurde aufgrund der Personalbesetzungsausschusses die Zuständigkeiten bei der Ernennung, Einstellung, Entlassung von Beschäftigten beim Bürgermeister angepasst.

In der Anlage ist eine ausführlichere Darstellung der getätigten Änderungen. Aufgrund der Anpassungen / Streichungen wurden auch die laufenden Ziffern der Paragraphen angepasst.

Kommunaler Beirat für die ESB

?????